

N O T I Z E N

aus der 23. Sitzung des Bundesrates vom 26. März 1965

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Tschudi
Abwesend: Hr. Schaffner (Urlaub)
Schriftführer: HH. Oser und Weber
Protokolle: keine
Beginn: 9 Uhr Schluss: 10 Uhr 30

Schriftliche AnträgeBundeskanzleiEinsatzübung des Armeestabes 700

In der Diskussion werden Bedenken geäußert wegen der relativ grossen Zahl ziviler Teilnehmer, wegen der Mischung von zivilen und militärischen Teilnehmern und der relativ langen Benützung der verschiedenen Anlagen. Vizekanzler Weber sichert zu, dass die Zahl der zivilen Teilnehmer auf das allernotwendigste beschränkt werden wird, dass Kontakte nur mit den höheren militärischen Kader stattfinden und dass alle Tarnungsmöglichkeiten ausgenützt werden sollen.

Politisches DepartementTechnische Zusammenarbeit mit Jordanien, Beitrag von Fr. 300'000.- für die Errichtung einer Krankenschwesterschule für das Kinderspital in Bethlehem

Ein Redner wirft die Frage auf, ob man angesichts der unfreundlichen Haltung der arabischen Staaten gegenüber der Swissair, Anlass habe Jordanien besonders entgegenzukommen?

Der Vorsteher des EPD antwortet, dass es sich nicht um Massnahmen handle, die die Swissair allein betreffen. Auch andere Luftlinien sind ausgeschlossen worden. Diese Politik schade den arabischen Staaten selber sehr. Beim vorgesehenen Projekt handle es sich um eine rein humanitäre technische Hilfe auf bilateraler Basis.

Ein Redner bemerkt, dass es sich beim Kinderspital, für welches die Schwesterschule vorgesehen ist, wahrscheinlich um ein schon bestehendes Spital handelt.

Ein weiterer Redner erklärt, die Art und Weise wie die UNRWA ihre Aufgabe erfülle, habe ihn immer unangenehm berührt. Die Flüchtlinge werden einfach durchgehalten, ohne dass konstruktive Lösungen getroffen werden. Er habe deshalb eher die Meinung, dass man aus der UNRWA aussteigen und bilaterale Lösungen suchen sollte.



Der Vorsteher des EPD bestätigt, dass in den arabischen Staaten eine von Nasser geschürte Tendenz bestehe, die Flüchtlinge aus Palästina als Flüchtlinge zu behalten, um so den Hass gegen Israel weiter zu konservieren. Die UNRWA habe nun, nachdem Projekte wie Bewässerungen, Strassenbauten u.a. an der starren Haltung der staatlichen arabischen Instanzen gescheitert seien, den Weg über die Ausbildung gefunden. Hier leiste nun die UNRWA sehr nützliche Arbeit, die auch von schweizerischen Parlamentariern und Journalisten, die an Ort und Stelle waren, eine sehr positive Würdigung erfahren habe..

Finanz- und Zolldepartement

Abschluss der Staatsrechnung 1964

Auf Antrag des Vorstehers des FZD wird beschlossen, das Communiqué erst am Dienstag herauszugeben. Er möchte dann die Gelegenheit benützen, um selbst zur Presse zu gehen und das Ergebnis zu kommentieren. In einer kurzen mündlichen Zusammenfassung würdigt er den Rechnungsabschluss, wobei er besonders die aus konjunkturpolitischen Gründen angeordneten Drosselungsmassnahmen hervorhebt.

Der Herr Bundespräsident bemerkt, dass man kaum annehmen könne, dass man 1965 so gut abschliessen werde. U.a. verweist er darauf, dass die Zolleinnahmen im Januar und Februar schlecht waren.

U m f r a g e

Hr. C h a u d e t

Teilnahme der Presse beim Wettschiessen Mosquitto/Bantam

Herr Chaudet teilt mit, dass die Präsidenten beider Militärkommissionen sich ausgesprochen hätten für eine Teilnahme der Presse. Er werde ihnen noch die Bedenken des Bundesrates unterbreiten. Was die Frage der Geheimhaltung betreffe, die von einem Redner aufgeworfen wird, sei zu sagen, dass die Journalisten keine geheime Mitteilungen erhalten und keine Kontakte mit den Kommissionsmitgliedern haben werden. Es habe schon früher solche Vorführungen gegeben, zu denen man die Presse eingeladen habe.

Ein anderer Redner stellt fest, dass es sich auch bei der Vorführung von Waffen um Kommissionsarbeit handle, die grundsätzlich eine interne Angelegenheit der Kommissionen sei. Wenn man schon früher, an solchen Vorführungen die Presse eingeladen habe, falle es in diesem Falle schwer, nein zu sagen, da man doch nicht den Eindruck erwecken dürfe, dass man die Presse zu scheuen habe. Er hätte daher nichts gegen eine Teilnahme der Presse, vorausgesetzt, dass die Herstellerin der Bantam nichts dagegen hat und die Presse von den Kommissionsmitgliedern ferngehalten wird. Für die Zukunft sollte man aber die Frage zusammen mit den Kommissionen klar regeln.

Aussprache mit Herrn Bührle

Herr Chaudet hat Herrn Bührle empfangen und ihm erklärt, dass der Bundesrat seine Haltung mit den Angriffen in der Öffentlichkeit missbillige. Herr Bührle habe geantwortet, ^{als} das Schicksal der Rüstungsindustrie bedrücke, ihn und dass er deshalb an die Öffentlichkeit gelange. Der Sprechende habe Herrn Bührle gegenüber die Unzufriedenheit des Bundesrates nochmals sehr bestimmt zum Ausdruck gebracht. Herr Bührle habe die Vorwürfe einkassiert.

Ein anderes Mitglied des Bundesrates bemerkt, dass das Verhalten von Herrn Bührle sehr merkwürdig sei. Das Radio habe eine Sendung "Mini Meinig, Dini Meinig" mit dem Thema Waffenlieferung vorbereitet. Da er sich bereits durch die Zusage einiger Sprecher engagiert hatte, schien es dem Vorsteher des EMD und des EPD nötig, dass auch die Stimme der interessierten Departemente zur Geltung komme. Herr Probst und Herr Clerc wurden ermächtigt, den Standpunkt des Bundesrates zu verfechten. Herr Bührle, der zuerst zugesagt hatte, habe erst in letzter Minute abgesagt mit der Begründung, seine Herren hätten ihm die Beteiligung abgeraten, was dann durch den Leiter der Sendung entsprechend kommentiert worden sei. Die beiden Herren der Verwaltung hätten den Standpunkt der beiden Departemente sehr gut verfochten. Ihre Ausführungen seien aber dann für die Sendung gekürzt worden. Diese Sendung bestehe aus verschiedenen Interviews des Leiters mit den Vertretern der verschiedenen Auffassungen.

Audienz für das Aktionskomitee gegen den Waffenplatz in den Freibergen

Herr Chaudet hat eine Gruppe von 7 Herren, worunter die 3 Präsidenten der beteiligten Gemeinden empfangen. Die Unterredung habe sehr lange gedauert, doch habe er den Eindruck einer gewissen Entspannung gehabt. Dies habe sich schon darin gezeigt, dass sie nach Bern gekommen seien, während sie früher verlangt hätten, dass Herr Chaudet zu ihnen komme. Sie hätten ^{sich} sehr anständig ~~sich~~ verhalten und zu Beginn erklärt, dass sie keine Militaristen seien und den Standpunkt des Bundesrates verstünden. Sie hätten dafür über die Berner Regierung geschimpft. Sie erklärten, dass sie gekommen seien um zu schauen, ob man nicht eine Lösung finden könnte, bei der sie nicht das Gesicht verlieren müssten. Sie hätten erklärt, dass sie mit der Schaffung eines zivilen Pferdezentrum einverstanden wären und auch eine Zusammenarbeit mit dem Militär akzeptieren würden. Dagegen wollten sie keinen Waffenplatz. Seitens des EMD sei ihnen erwidert worden, dass man die Beschlüsse der eidg. Räte vollziehen müsse. Der Bund könnte die Zusicherung geben, dass er einen Waffenplatz machen werde ausschliesslich für das Pferd und nicht für andere Waffen. Man könnte sogar die Frage eines Rückkaufsrechtes prüfen für den Fall, dass keine Notwendigkeit für einen Kavalleriewaffenplatz mehr bestehe. Man habe die Herren eingeladen, ihre Wünsche einzureichen, die man gerne prüfen werde.

Im EMD sei man zur Auffassung gelangt, dass man jetzt die Sache nicht brüskieren sollte. Mit der Errichtung eines Akklimati-

sationsplatzes werde man keine allzugrossen Schwierigkeiten haben. Herr Chaudet habe vor allem die Gemeindepräsidenten gefragt, ob sie glauben, dass sie das Interesse ihrer Gegend richtig verteidigen. Die zivilen Instanzen im Bunde rechnen hier sehr mit der Mithilfe des Militärs. Aus den eidgenössischen Räten sei der Wunsch geäussert worden, dass man auch den Trainsoldaten die Möglichkeit gebe, Pferde zu kaufen. Wenn man sich in den Freibergen weiter stur widersetze, dann dürfe man auch nicht mehr rechnen, dass sich die zivilen Instanzen für die Interessen der Pferdezüchter in den Freibergen einsetzen.

Herr Chaudet habe den Eindruck, dass man zum Teil beginne, sich die Angelegenheit zu überlegen. Es sei nicht ausgeschlossen, dass man sich mit genügend Geduld und Vernunft finden werde. Man werde vielleicht, was die Rekrutenschulen betreffe, vorläufig einen Waffenstillstand schliessen.

Die Antworten auf die Kleinen Anfragen Bienz und von Greyerz werden jetzt im Sinne dieser Ueberlegungen ausgearbeitet werden.

Hr. W a h l e n

Ratifikation des Italienerabkommens

Herr Wahlen hat es in der letzten Sitzung übernommen, die Frage zu prüfen, ob man nicht jetzt das Abkommen ratifizieren und nur die Anwendung etwas hinausschieben könnte. Dazu sei festzustellen, dass Art. 23 des Abkommens erkläre, dass das Abkommen mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft trete. In Italien bestehe eine grosse Aufregung, weshalb der italienische Geschäftsträger nochmals vorgeschprochen habe. Darauf habe der Vorsteher des EPD sich mit den zuständigen Chefbeamten darüber unterhalten, was getan werden könne. Man habe den Kantonen bereits versprochen, sie auf den 7. April einzuladen. Der Sprechende habe vorgeschlagen, dass man den Kantonen ein Merkblatt für die Gemeinden aushändigen sollte. Damit wäre es vielleicht möglich bis 15. April zu ratifizieren. Weil aber dann die Osterferien kämen, könnte es geschehen, dass zahlreiche Italiener, wenn sie zurückkommen, gleich Frauen und Kinder mitnehmen. Man sei zum Schlusse gekommen, spätestens bis 1. Mai zu ratifizieren. Man habe das unserer Botschaft in Italien mitgeteilt. Heute sei ein Telegramm gekommen, dass die Italiener eine Ratifikation am 1. April wünschen, aber bereit wären, die technische Anwendung noch zu verschieben.

Es werde nicht ohne Explosion in Italien abgehen. Man müsse aber alles tun, um die Italiener aufzuklären und man müsse ihnen fest versprechen, dass der 1. Mai das späteste Datum für die Ratifikation sei. Wichtig sei, dass das BIGA und die Fremdenpolizei die Aufklärung der Kantone und Gemeinden vorbereiten.

In der Diskussion werden verschiedene Lösungsmöglichkeiten geprüft, so eine Ratifikation auf den 1. April unter Vorbehalt der Anwendung von Art. 13 des Abkommens (Familiennachzug). Dazu wurde bemerkt, dass es nicht verstanden würde, wenn man im Abkommen in Aussicht genommen habe, es schon vorher zur Anwendung zu bringen und jetzt die Ratifikation hinausschieben müsse, weil man noch

- 5 -

nicht bereit sei, es anzuwenden. Ein anderer Redner ist der Meinung, dass das erste Problem die Information der Kantone und Gemeinden sei. Man sollte unsere Mitarbeiter zur Verfügung stellen, um die Vertreter des Städte- und Gemeindeverbandes zu orientieren. Die zweite notwendige Information sei die der Fremdarbeiter, die über Ostern nach Hause gehen. Vielleicht könnten die Zollorgane diese Orientierung vornehmen oder die Konsulate.

Der Vorsteher des EPD stellt fest, dass der Hauptteil der Vorschriften wegen des Familiennachzuges sich in der gemeinsamen Erklärung finde. Man müsste also sagen, wir ratifizieren unter dem Vorbehalt, dass Sinn und Anwendung der gemeinsamen Erklärung abgeklärt wird.

Schliesslich einigt man sich dahin, das EPD zu beauftragen, mit den Italienern für die Ratifikation ein Datum zwischen dem 20. und 30. April auszuhandeln und allfällige weitere Abmachungen für die Anwendung des Abkommens zu treffen.

Besuch von Minister Achmed Ben Salah aus Tunesien

Herr Wahlen berichtet über den Besuch dieses westlich orientierten und auf die Linie Bourgüba eingestellten Ministers. Man habe mit ihm über die Entschädigung der von der Nationalisierung betroffenen Schweizer gesprochen. Er habe sich sehr vernünftig gezeigt im Gegensatz zu den Marokkanern und Algeriern. Es scheine möglich, mit Tunesien ein Abkommen zu treffen im Sinne einer Kompensation mit der Entwicklungshilfe. Es handle sich darum, den Transfermechanismus zu finden, der es erlauben würde, die Schweizer zu entschädigen. Die Einleitung einer wirklichen Entschädigung braucht grosse Vorbereitungen, weshalb man einen Ausgleich unter der Hand suche.

Der Rat ist damit einverstanden, dass man nach einer solchen Lösung suche.

Hr. von Moos

Essen mit Auslandspresse am 8. April 1965

Herr von Moos hat sich die Frage gestellt, ob man nicht die Gelegenheit benützen sollte, um über Fremdenpolizei und Konjunkturpolitik zu orientieren und unsere Stellungnahme dazu plausibel zu machen. Es bestünden ausgesprochene Missverständnisse über die Haltung der Schweiz. Könnte nicht der Bundespräsident entsprechende Ausführungen machen?

Der Herr Bundespräsident will die Frage mit Herrn Wahlen prüfen. Der Vorsteher des EPD erklärt, dass dies sehr sorgfältig geschehen müsse, damit unser Tourismus keine weiteren Nachteile erleide, wie man dies in den USA bereits feststellen müsse.

Präsidentialvorbringen

Veröffentlichung des Schreibens von Kardinal Journet an den Bundesrat

Der Rat ist mit einer Veröffentlichung, die vom Freiburger Staatsrat angeregt wurde, einverstanden.

- 6 -

Nationalratssaal für die Konferenz der Bundesanwaltschaft mit
den Funktionären der politischen Polizei der Kantone am 1. Juni

Der Rat ist damit einverstanden, dass man für diese Konferenz
den Nationalratssaal zur Verfügung stellt. (s. Anlage)

Fussballcupfinal Sion/Servette am 19. April 1965

Die Einladung geht an das EMD. Falls Herr Chaudet nicht selber
teilnimmt, würde er einen höheren Offizier abordnen. (s. Beschluss-
protokoll).

* * *